

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 16. 35. Jahrg.

21. April 1922

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 5 Mk. (inkl. Zustellung pro Quartal). Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 10 Mk.

Redaktion:

Hans Ronner, Berlin N 24, Eisenstr. 85-88 III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparellzeile oder deren Raum 1. — Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 50 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Oberlinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Extrarunterstützung für Invaliden. Der Weg zu Industrieverbänden. Rundschau. 16. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — **Soziale Praxis:** Gesundheitspflege der Schulkinder. — **Allgemeines:** Kampf auch im schweizer Lithographiegewerbe? Ortsbericht: Bromberg. — **Der Lithograph:** „Kontrolle der Produktion“. — **Photograph. Mitarbeiter:** Lehrlingsfragen. — **Die Tapetenbranche:** Ortsbericht: Einbeck, Formstecher. — **Graphische Technik:** Der Ursprung und die Entwicklung der Tapete. — **Eingegangene Gelder. Totenliste. — Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Der VIII. Nationalrat

zum allgemein verbindlichen Tarifvertrag für das Formstechergewerbe ist am 5. April 1922 mit Wirkung ab 1. Februar 1922 für das Gebiet des Deutschen Reiches **allgemein verbindlich erklärt** worden.

Der **Verbandsvorstand.**

Der Weg zu Industrieverbänden.

Den stärksten Einwand, den man gegen die Form der Dreiteilung der freien Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Afa-Bund und Beamtenbund erhebt, die sich durch Kartellvertrag zu einheitlichen Handeln in allen die Hand- und Kopfarbeiter berührenden, wichtigen Fragen verpflichten, ist der, daß diese Dreiteilung, diese Dreisäulentheorie der Bildung von Industrieverbänden außerordentlich hinderlich sei. Man verweist mit Nachdruck besonders gern darauf, daß eine Arbeiterschaft, die restlos, aber in vielen selbständigen Gebilden organisiert ist, oft weniger kampffähig und schlagfähig ist als eine Arbeiterschaft, die zwar nicht vollständig, aber in einer einheitlichen Organisation unter einer einheitlichen Führung zusammengeschlossen ist. Zu einem Teile hat auch dieser Einwand seine Berechtigung, aber nur zu einem Teile. Und zwar um deswillen nur zu einem Teile, weil als Voraussetzung dabei gilt, daß ein Teil der Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamten freigewerkschaftlich organisiert ist und die Aktion nur zu dem Zwecke eingeleitet wird, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Wir haben schon einmal darauf verwiesen, daß die frühere Grundlage des Wesens und des Inhaltes der freien Gewerkschaftsbewegung, im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft den Arbeitern möglichst günstige Lohn- und Existenzverhältnisse zu sichern, durch die neuere Entwicklung wesentlich verändert worden ist. Ellinger zeichnet die Situation schon richtig im „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, wenn er schreibt: „Die Zeit, wo die Führung von Lohnbewegungen höchste Aufgabe der Gewerkschaften war, ist vorbei. Die Gewerkschaften müssen sich, wenn sie nicht in ganz kurzer Zeit überlebt sein wollen, neuen, höheren Aufgaben zuwenden. War bis jetzt die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung ihr Ziel, so muß in Zukunft die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft ihre vornehmste Arbeit sein“.

Einen solchen Aufbau zu beginnen, dazu reichen aber die bisherigen Organisationsformen nicht aus. Die Berufsverbände waren wohl in der Lage in der Vorkriegszeit im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu verbessern und durch ihre Bildungsarbeit kul-

Erkennen der Klassenlage, das erst das Klassenbewußtsein auslöst und den Weg zur Klassenorganisation weist, muß einer erfolgreichen Organisation aller Produzenten vorausgehen. Tätiggewordene Klassenerkenntnis äußert sich aber fast ausschließlich durch Anschluß an die auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Berufsorganisation. Die Berufsorganisation ist deshalb das ursprüngliche und die Industrieorganisation erst der zweite Schritt auf dem Wege der organisatorischen Vollen-

dingung. In welchem Maße und in welchem Tempo die Umwandlung der Berufsverbände in Industrieverbände vor sich zu gehen hat, entscheiden deshalb in der Hauptsache zwei Faktoren, und zwar die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und die ideologische Reife der organisierten Arbeiterschaft. Betrachtet man das Großunternehmertum in Handel, Industrie und in der Landwirtschaft, so ergibt sich ohne weiteres auch die Notwendigkeit eines engeren organisatorischen Zusammenschlusses der Arbeiter. Und vergewöhnlicht man sich die Entwicklung des Kapitalismus nach dem Weltkrieg so springt diese Notwendigkeit noch schärfer in den Vordergrund. Ganz ohne Zweifel steht heute fest, daß der Kapitalismus nach dem Kriege in eine neue Epoche eingetreten ist und eine Zähigkeit und eine Anpassungsfähigkeit zeigt, die von vielen für unmöglich gehalten wurde. Aber das wichtigste ist, daß der Kapitalismus der Nachkriegszeit über den bisher bestandenen Rahmen der Nationalstaaten hinausgewachsen ist und dem Weltkapitalismus, wenn auch gewaltsam, die Bahnen gebrochen sind. Und daß man sich dieser Tatsache in Unternehmerkreisen auch bewußt ist, beweist für das deutsche Unternehmertum der Anschluß der deutschen Arbeitgeberverbände an den internationalen Verband industrieller Arbeitgeber, der kürzlich vollzogen wurde. Wenn auch dieser Anschluß mit einer Reihe von mehr ethischen Dingen verbrämt ist, so ist sein Urgrund doch nur in einer nachdrücklicheren Interessenvertretung zu suchen, die jetzt auch international erfolgen muß.

Nichtsdestoweniger besteht aber auch die Tatsache, daß die damit naturnotwendig verbundene horizontale wie vertikale Konzentration der Produktion nicht auf allen Produktionsgebieten die gleichen Fortschritte macht und dadurch die geistige Einstellung der Arbeiterschaft wesentlich beeinflusst wird. Und hieraus resultieren auch die Kämpfe, die gegenwärtig in der Gewerkschaftsbewegung ausgefochten werden. Wenn in diesen Auseinandersetzungen darauf verwiesen wird, daß die unaufhaltsam fortschreitende Konzentration besonders in der Industrie die gegenwärtigen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft gewissermaßen zwangsläufig dazu bringt, ihre Organisationsform den veränderten Verhältnissen anzupassen, so ist das nur zutreffend und es ist auch richtig, wenn gesagt wird, daß die Berufsorganisationen den an Umfang gewaltig gestiegenen Gewerkschaftskampf nicht mehr in der früheren erfolgreichen Weise führen können. Aber es ist ein Irrtum anzunehmen, — und das geschieht lei-

Extra-Unterstützung für Invaliden.

Der **Verbandsvorstand** und der **Verbandsausschuß** haben beschlossen, jetzt wieder **jedem invaliden Kollegen, der von unserem Verband die statistische Invalidenunterstützung erhält,** wie zu Weihnachten, eine

Extra-Unterstützung von 150 M.

zuzuwenden.

Wir ersuchen die Mitgliedschaftsvorstände, bzw. Kassierer, diese Unterstützung auszus zahlen und bei der nächsten Quartalsabrechnung mit zu verrechnen.

Zur Auszahlung dieser Unterstützung ist das Quittungsformular Nr. 8 über erhaltene Invalidenunterstützung zu verwenden.

Der **Verbandsvorstand.**

turelle Werte zu schaffen, aber durch praktische Mitarbeit die Wirtschaft umzuformen, davon konnte keine Rede sein. Es fehlten, wie schon gesagt, auch alle organisatorischen Voraussetzungen dafür.

Aber diese Voraussetzungen müssen geschaffen werden! Und der Boden dafür ist nur die Organisation. Denn der Sozialismus ist in erster Linie organisierte Wirtschaft. Organisierte Produktion ist aber nur möglich mit organisierten Produzenten; aus organisierter Produktion mittels organisierter Produzenten wächst dann ganz von selbst Produktionsverteilung heraus. Die unerläßliche Notwendigkeit, den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft beginnen zu können, ist deshalb die Organisation der Produzenten und die geeignete Form einer schnellen Organisation aller Hand- und Kopfarbeiter muß deshalb den Vorzug haben. Und da sich erwiesen hat, — die letzten Vorgänge im Deutschen Beamtenbund erhärten diese Tatsache erneut — daß die Organisation der klassenbewußtwerdenden Produzenten nicht auf Grund von Spekulationen beliebig Entwicklungsphasen überspringen kann, erweist sich die Dreisäulentheorie als berechtigt und einzige Möglichkeit, das Ziel einheitlicher Handlung zum Zwecke sozialistischer Aufbauarbeit zu erreichen.

Daraus nun zu schlußfolgern, daß mit einer solchen Methodik jedes Streben nach neuen, besseren Organisationsformen unterbunden wird, kann nur das Ergebnis einer vollständigen Verkennung der treibenden Kräfte von Wirtschaft und Gesellschaft sein. Denn das

der, nur zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung, in viel zu starkem Maße — daß Industrieverbände in ganz wesentlicher Weise auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im günstigen Sinne einwirken können. Wer sich solchen Illusionen hingibt, muß Enttäuschungen erleben. Denn die Konzentration der Kräfte vollzieht sich zwangsweise auch im gegnerischen Lager. Und wie es schon heute auch im Berufsverbände unmöglich ist, einen einzelnen Unternehmer abzuschlachten, wie es im Unternehmerjargon heißt, so ist es auch unter der Organisationsform der Industrieverbände unmöglich, einzelne Berufsgruppen in den Kampf zu führen, ohne die Solidarität der übrigen Unternehmer in Rechnung zu stellen. Das einzige, was so erreicht wurde, wäre nur eine breitere Kampfbasis, aber an dem Wesen wäre durchaus nicht das geringste geändert.

Aber auf die Änderung des Wesens, auf den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft kommt es an! Die Verbreiterung der Kampfbasis um bessere Lohn- und Existenzbedingungen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft schafft aber die Vorbedingungen zur Änderung des Wesens nicht. Vorbedingung dafür ist vielmehr eine veränderte geistige Einstellung der Arbeiterschaft. Es muß deshalb neben das gewollte Ziel treffen, wenn man vom kommenden Gewerkschaftskongreß verlangt, mit Hilfe des Zwanges Industrieverbände aus dem Boden zu stampfen, die in Praxis nur Karikaturen werden könnten. Es ist auch eine Verkennung der geschichtlichen Entwicklung der Gewerkschaften zu fordern, daß die bisher führende Organisation eines Industriezweiges in Zukunft allein berechtigt sein soll, die in diesem Industriezweig Beschäftigten zu organisieren. Um ein Beispiel aus unserm engeren Organisationsleben anzuziehen: Wer ist denn eigentlich die führende Berufsorganisation? Die die größte Mitgliederzahl hat, die den größten wirtschaftlichen Einfluß hat oder diejenige, die die meiste Initiative entwickelt? Diese Fragen stellen, heißt eine Anzahl von Unterfragen vorher der Beantwortung zu führen.

Schon aus diesem, noch nicht einmal den Kern des Problems berührenden Beispiel ergibt sich, daß Industrieverbände nicht durch ein Machtwort aus der Erde gestampft werden können. Und ein weiteres Eindringen in die Dinge ergibt, daß ein solches Machtwort unter den vorhandenen Umständen in Lächerlichkeit umschlagen muß. Aber ganz zweifellos sind wir jetzt auf dem Wege zu Industrieverbänden, Angestellte und Beamte dabei nicht eingeschlossen; also Industrieverbände für Arbeiter. Aber einfach machen kann man sie nicht, wie viele annehmen; sie müssen vielmehr aus den Verhältnissen heraus werden.

Es wäre nun nichts unsozialistischer, infolge der Notwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung die Hände untätig in den Schoß zu legen und ruhig der Dinge zu harren, die kommen müssen. Als klassenbewußte Arbeiter haben wir vielmehr die Verpflichtung, der Entwicklung in die Hände zu arbeiten. Und diese Arbeit besteht darin, durch Angleichung der inneren Organisationseinrichtungen und durch geistige Umstellung und Umschulung der Arbeiter die Voraussetzungen für wirklich leistungsfähige Industrieverbände zu schaffen. Es muß intensiver denn je in die Köpfe der Arbeiter hineingehämmert werden, daß die neuen, großen Aufgaben der Gewerkschaften, von denen man zwar viel und oft spricht, sich selten aber nur ein richtiges Bild machen kann, nicht in erster Linie auf dem Gebiete der Sicherung möglichst günstiger Lohn- und Existenzbedingungen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft liegen, sondern daß das Schwergewicht der zukünftigen Gewerkschaftsarbeit auf der Entwicklung jener Kräfte ruhen muß, die auch tatsächlich imstande sind, eine nach sozialistischen Grundsätzen orientierte Wirtschaft zu schaffen, zu erhalten und zu vervollkommen. Daß die Berufsverbände diese Arbeit nicht leisten können, ist jedem

Einsichtigen klar, wenigstens soweit, daß Organisatorische und die finanzielle Kraft in Frage kommt. Da aber das Werden einer höheren Organisationsform, die zweifellos im Industrieverbände zu erblicken ist, durch den Gang der Ereignisse bedingt ist, muß der kommende Gewerkschaftskongreß die Verpflichtung aussprechen und die Bundesleitung mit der Aufgabe betrauen, durch Angleichung der vorhandenen organisatorischen Differenzpunkte und durch die notwendige geistige Schulung der organisierten Arbeiter den Zusammenschluß zu großen leistungsfähigen Industrieverbänden in die Wege zu leiten. Es muß ausgesprochen werden, was zu tun ist, und dann danach gehandelt werden. So kommen wir nur zu Industrieverbänden.

Rundschau.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftlichen Beamtzentrale. Auf Grund der beschlossenen und bereits veröffentlichten Satzungen der Gewerkschaftlichen Beamtzentrale wurden in der letzten Sitzung die Mitglieder des Ausschusses (§ 4) und des geschäftsführenden Vorstandes (§ 5) gewählt. Als Vorsitzende wurden bestimmt für die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände der Kollege Kotzur, für die dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände der Kollege Händler.

Mit den der Beamtzentrale zugewiesenen Arbeiten wurde sofort begonnen.

Ordentliche Generalversammlung des Porzellanarbeitsverbandes. Gemäß § 34 des Verbandsstatutes beruft der Vorstand des Verbandes der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen seine ordentliche Generalversammlung für Sonntag, den 9. Juli 1922 und folgende Tage nach Dresden ein. Das Tagungsort befindet sich im Ausstellungsgebäude der „Jahresschau deutscher Arbeit“. Als besondere Punkte auf der vorläufigen Tagesordnung werden genannt „Bericht über den Gewerkschaftskongreß“ und „Unser Tarifwesen“.

Johann Schneider †. Erst vor wenigen Wochen hatte der Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen infolge des Hinscheidens seines zweiten Vorsitzenden, Genossen Welzel, einen schmerzlichen Verlust, und jetzt kommt schon wieder eine Trauerbotschaft. Am 9. April starb der Redakteur des Verbandsorgans, Die Ameise, Johann Schneider wurde geboren am 7. Mai 1865 in Trautlebersdorf in Schlesien. Er lernte als Porzellandrehler und kam als solcher durch einen recht großen Teil der einschlägigen Betriebe Deutschlands. Nach seinem im Jahre 1891 erfolgten Eintritt in den Reiseunterstützungsverband deutscher Porzellandrehler, einem Vorläufer des Verbandes der Porzellanarbeiter, propagierte er mit allem Eifer die Zusammenfassung der damals bestehenden und getrennt marschierenden Porzellanarbeiterorganisationen. 1899 wurde er zum Verbandschriftführer gewählt. An dieser Stelle blieb er bis 1919. Von da an war er Redakteur des Verbandsorgans.

Er litt schon seit Jahren an einem chronischen Lungenleiden, das ihn nun auch vor vier Wochen zum letztenmal aufs Krankenlager zwang. Ehre seinem Andenken.

Die Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen. Eine Reichsverordnung vom 18. Februar 1921 bestimmt, daß alle Verordnungen der Reichsministerien und der übrigen Demobilisierungsbehörden, die auf Grund der wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse erlassen sind, spätestens am 31. März 1922 außer Kraft treten. Es handelt sich hierbei um eine große Zahl, zum Teil recht einschneidender Verordnungen, deren Aufhebung nur möglich ist, wenn für sie ein gesetzlicher Ersatz geschaffen ist. Die gesetzgeberischen Arbeiten sind aber in dieser Hinsicht noch sehr im Rückstand. Der Reichsrat hat sich am 18. März mit dieser Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, die Gültigkeitsdauer einer großen Zahl dieser Verordnungen bis zum 31. Oktober 1922 zu verlängern.

Zu diesen Verordnungen mit verlängerter Gültigkeitsdauer gehören u. a. die folgenden:

Verordnung des Reichsarbeitsministers über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921; Verordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung über Arbeitsnachweise vom 9. Dezember 1918; Verordnung des Reichsarbeitsministers über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920; Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918; Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung über Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. März 1919; Verordnung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsarbeitsministers, betreffend Maßnahmen gegen Betriebsabbrüche und -stilllegungen vom 8. No-

vember 1920; Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers über Ergänzung der Bekanntmachung über Regelung der Ein- und Ausfuhr vom 13. Oktober 1919; Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung über Erweiterung der Fortbildungsschulpflicht vom 21. März 1919. — Gleichzeitig wurde der Reichsarbeitsminister ermächtigt, die Erwerbslosenunterstützung im Rahmen der verfügbaren Mittel zu erhöhen.

Genossenschaftstag 1922. Ausschuß und Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berufen soeben den 19. ordentlichen Genossenschaftstag für die Zeit vom 19. bis 21. Juni 1922 nach Eisenach ein. Die zwölf Gegenstände umfassende Tagesordnung enthält die Berichte über Entwicklung des Zentralverbandes und die wirtschaftlichen Maßnahmen seines Vorstandes, den Bericht des Ausschusses und einen über internationale genossenschaftliche Angelegenheiten. Der zweite Tag bringt Referate über Tarifangelegenheiten und über die Bedrückung der Genossenschaften durch die Verbände der Fabrikanten und Händler. Alsdann werden Berichte über die Tätigkeit der Fortbildungskommission und über die Pensionskasse des Zentralverbandes, zuletzt die reinen geschäftlichen Angelegenheiten folgen. Im Anschluß an den Genossenschaftstag wird, wie üblich, die (zehnte) ordentliche Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine abgehalten werden.

Was ist Dummfremdheit? Als eine Antwort auf diese Frage muß folgende Notiz in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 12 bezeichnet werden:

„Ein Rekordstreiker. In der Presse der Vereinigten Staaten von Nordamerika erregt eine Notiz ein gewisses Aufsehen, in welcher erzählt wird, daß es in Iowa einen Eisenbahnarbeiter gibt, der es auf das ehrwürdige Alter von 87 Jahren gebracht hat; aber dieser würdige Veteran der Arbeit kann sich rühmen, daß er volle 34 Jahre seines Lebens im Streik zugebracht und in dieser Zeit die nette Summe von 21 375 Dollar an Streikgeldern eingestreckt hat. Für eine gewisse Gruppe von Arbeitern gilt das Wort des Psalmisten in etwas anderer Fassung: Unser Leben währet 70 Jahre, und wenn es köstlich war, so ist es Streik und Arbeitslosigkeit gewesen!“

Aus dem Auslande.

Abbau der Lebensmittelpreise und der Löhne in England. Die höchsten seit 1915 stetig gestiegenen Lohnsätze wurden in Großbritannien im allgemeinen Ende 1920 erreicht. Seitdem hat der Abbau begonnen. Nach den Feststellungen des Arbeitsministeriums erlitten im Jahre 1921 die Löhne von über 7 Millionen Arbeitnehmern eine Kürzung um rund 6 Millionen Pfund (120 Millionen Goldmark). Die Kürzung übersteigt schon erheblich die im Jahre vorher erzielten Erhöhungen, obwohl das Jahr 1920 die stärksten Lohnsteigerungen gebracht hatte.

Im allgemeinen sanken die Löhne um 10 bis 30 Prozent. Der Durchschnitt des Lohnrückganges in den organisierten Gewerben betrug rund 20 Prozent. In der gleichen Zeit gingen die Maßzahlen der Lebenskosten von 265 auf 192 oder um 27 Prozent zurück.

Trotz ihres Abbaues sind die Arbeitslöhne Englands ungleich höher als die deutschen. Aus diesem Grunde konkurrieren deutsche Waren erfolgreich mit englischen, und daher dort die bedeutend stärkere Arbeitslosigkeit.

16. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Zu Beginn der am 28. und 29. März abgehaltenen Tagung gedachte der Bundesvorsitzende Genosse Leipart zunächst mit ehrenden Worten der seit der letzten Tagung verstorbenen Verbandsvorsitzenden Adam Drunsel (Töpfer), Robert Zeiske (Gastwirtsgehilfen) und Fritz Siefert (Hutarbeiter), sowie der früheren Verbandsvorsitzenden und Teilnehmer an den Vorstandskonferenzen Friedrich Bäschoff (Kupferschmiede) und Johann Siebert (Schuhmacher).

Der Geschäfts- und Kassenbericht lag in Form einer 56 Seiten starken Druckschrift vor und wurde vom Genossen Leipart noch mündlich ergänzt. Redner wies unter anderem auf die bevorstehende Konferenz von Genua hin und empfahl, sich keine großen Hoffnungen über deren Erfolg zu machen. Trotz der steigenden Teuerung versuchten die Unternehmer in verschiedenen Ländern, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Wir kämen allmählich in eine Periode der Abwehrkämpfe. Die Gewerkschaften müßten ihr finanzielles Rüstzeug rechtzeitig stärken. Nicht alle Verbände hätten in bezug auf die Erhöhung der Beiträge die Zeit richtig ausgenutzt. Auch die Agitation dürfe nicht erlahmen; einem Mitgliederverlust müßten die Gewerkschaften entgegenwirken.

Der Bericht gab dem Ausschuß zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlaß. Nichtsdestoweniger entspann sich eine lebhaft ausgeprägte, hauptsächlich über verschiedene bevorstehende Aufgaben des ADGB. Die Aussprache drehte sich vornehm-

ich um Bildungsfragen, Maifeier, Schlichtungsordnung, Reparationsfrage, Achtstundtag. Zu letzteren wurde eine Entschliessung angenommen, die wir in voriger Nummer als Rundschauotiz brachten.

Dem Bundeskassierer. Genossen Kube. wurde der Antrag der Revisoren Entlassung erteilt.

Die Massenauspeerrung in Dänemark veranlaßte den Ausschub ebenfalls zur Stellungnahme. Einmütig war er der Auffassung, daß den dänischen Arbeitern jede mögliche Hilfe geleistet werden müsse. Das hätten sie allein schon durch ihre stete, auch durch die Tat bewiesene treue gewerkschaftliche Bundesgenossenschaft verdient. Auch Geldhilfe soll den dänischen Kämpfern gewährt werden, obgleich die durch die Entwertung der deutschen Mark sehr erschwert wird. Der Ausschub beschloß, daß die Gewerkschaften zu diesem Zweck für jedes männliche Mitglied 5 Mark und für jedes weibliche 3 Mark an die Bundeskasse abzuführen haben und daß der Betrag den dänischen Gewerkschaften zu übermitteln sei.

Für den bevorstehenden Gewerkschaftskongress hatte der Bundesvorstand Anträge zur Änderung der Bundessatzungen ausgearbeitet, die er dem Ausschub unterbreitete. Einen Teil der Anträge hieß der Ausschub gut, während ein anderer Teil zurückgestellt wurde.

Auch beschäftigte sich der Ausschub mit den vielfachen Wünschen nach einem einheitlichen Mitgliedsbuch. Es soll ein Muster ausgearbeitet werden, dessen Einführung sich für solche Verbände empfiehlt, die das Bedürfnis nach einem einheitlichen Mitgliedsbuch bezeugen. Die Einführung von Mitgliedskarten für neu eintretende Mitglieder wird sich leichter durchführen lassen. Vielfach läßt sich auch schon eine einheitliche Beitragsmarke einführen. Ebenfalls soll eine Musteratzung ausgearbeitet werden, um eine allmähliche Vereinigung der Gewerkschaften anzubahnen.

Da der Ausschub bei einer früheren Tagung gewünscht hatte, daß das Haus des Bundesvorstandes im Innern Berlins errichtet werde, hatte der Bundesvorstand in der Zwischenzeit sich darum bemüht. Es war jedoch nicht möglich, ein gleich zweckmäßiges Haus zu kaufen. Infolgedessen war er gezwungen, einen Bauplatz an günstiger gelegener Stelle zu erwerben, um dort ein Haus zu bauen. Der Ausschub stimmte diesen Maßnahmen gegen eine Stimme zu.

Mißstände, die sich bei früheren Streiks gezeigt hatten, an denen mehrere Gewerkschaften beteiligt waren, hatten zu Beschwerden einiger Verbände geführt. Der Ausschub hatte schon früher eine Kommission gewählt, die Regeln für die Führung und Unterstützung von Streiks ausarbeiten sollte, die dem Gewerkschaftskongress zu unterbreiten und sodann den Verbandstagen der einzelnen Gewerkschaften zur Annahme zu empfehlen seien. Entsprechend der Bedeutung der Sache entspann sich eine sehr lebhaft Aussprache, die in mehreren Punkten Klärung brachte. Da in anderen Punkten Meinungsverschiedenheiten zutage traten und die Sache gründliche Bearbeitung erheischte, wurde sie zurückgestellt. Die Gewerkschaftsvorstände sollen bis zum 15. April ihre Abänderungsvorschläge einreichen; sodann soll die Kommission die Vorlage überarbeiten und der Ausschub am 2. Mai nochmals dazu Stellung nehmen, damit die Vorlage noch früh genug vor Stattfinden des Gewerkschaftskongresses veröffentlicht werden kann.

Da der verstorbene Vorsitzende des Töpferverbandes, Genosse Drunsel, Mitglied des Ausschusses für das Wohnungswesen war, wurde der Vorstand dieses Verbandes beauftragt, dessen Nachfolger in diesen Ausschub zu entsenden.

Soziale Praxis.

Gesundheitspflege der Schulkinder.

Von Friedr. Kleeis.

Wenn, wie es immer heißt, die Jugend unsere Hoffnung auf die Zukunft ist, so ist es mit dieser schlecht bestellt. Was schon der Augenschein lehrt, wird neuerdings auch von der Statistik bestätigt, daß nämlich der Gesundheitszustand der deutschen Kinder ein überaus bedenklicher ist. Es ist das Verdienst der Quäkerspeisung, in allen größeren Orten eine bisher leider sonst nicht übliche ärztliche Untersuchung der Schulkinder veranlaßt zu haben. Nach den einheitlichen Anweisungen wurden die Kinder je nach ihren Gesundheitsverhältnissen in drei Gruppen geteilt. Es ergab sich meist, daß nur etwa ein Drittel der Kinder in einem normalen Zustand sich befand. Das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt hat durch Umfrage festgestellt, daß 52,5 v. H. der Schulkinder in höherem Grade unterernährt sind. Die Tuberkulose der Schulkinder hat seit 1913 um das Dreieinhalbfache zugenommen. Besonders sind es immer die jüngsten Altersstufen, deren Gesundheits- und Kräftezustand ungenügend ist. Im Regierungsbezirk Düsseldorf ist die Sterblichkeit der Kinder von 6 bis 15 Jahren von 2,9 v. H. im Jahre 1914 auf 5,3 v. H. im Jahre 1920 gestiegen

Die Ursachen dieser Feststellungen liegen im Kriege und den Kriegsfolgen. Die Knappheit an Nahrungsmitteln und ihre unerschwinglichen Preise üben ihre nachteiligen, gesundheitsschädlichen Wirkungen aus einer Reihe von Gründen besonders auf die Jugend aus. Was aber hier an dem werdenden Menschen gesündigt wird, ist in seinem ganzen Leben nie wieder gut zu machen. Auch die Ansprüche, die die Schule stellt, können von dieser mangelhaft ernährten Jugend nicht mehr erfüllt werden, ohne daß der gesundheitliche Zustand abermals darunter leidet. Auch das läßt die Zukunft trübe erscheinen: Denn der Satz, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnt, gilt nicht nur für den Einzelmensch, sondern auch für ein ganzes Volk.

Unter diesen Umständen ist es umso trauriger, daß das in den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung nach den Berichten der Regierungspräsidenten gebrachte Material zu dem Ergebnis kommt: Die Zahl der Schulärzte ist immer noch verhältnismäßig sehr gering. Mit recht erscheint der Regierung die gesundheitliche Überwachung der Schulkinder in verstärktem Maße notwendig. Der Hauptausschub des preußischen Landtags hat sich am 18. November 1921 dringend für einen solchen Ausbau ausgesprochen. Nach den bestehenden Einrichtungen sind die Schulärzte allein aus den Mitteln der Gemeinden zu bezahlen; der Staat gibt dazu keine Zuschüsse. Statistische Erhebungen, die der Preußische Städtetag Ende des vergangenen Jahres unternommen hat, kommen zu dem Ergebnis, daß der Staat seine Pflicht gegenüber der Volksschule in finanzieller Einsicht nicht erfüllt. Die Gesamtausgabe der befragten Städte für Volksschulen betrug darnach 195 Millionen, denen als Leistungen des Staates nur 92 Millionen gegenüberstehen. Also von den Ausgaben für das Schulwesen trägt der Staat nur 32 v. H., während die Städte 68 v. H. zu tragen haben. Abgesehen davon, daß die Gemeinden bei ihrer heutigen Finanzlage wenig Geld für Schulärzte haben, kommt noch dazu, daß in vielen Städten die Ärzte sich nur hauptamtlich anstellen lassen wollen.

Die preußische Regierung ist in eine Prüfung der Frage eingetreten, inwieweit andere Kreise, besonders die Träger der Sozialversicherung zur Lastendeckung herangezogen werden können. Zur Besprechung der Frage fand kürzlich eine vom preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt einberufene Konferenz im Wohlfahrtsministerium statt. Zugewogen waren Vertreter der Städte- und Gemeindeorganisationen, der Krankenkassenverbände usw. Der Ministerialrat König gab einen Überblick über die Entwicklung der Schularztfrage in Preußen und berichtete, daß nur in wenig Städten hauptamtlich angestellte Schulärzte vorhanden seien. Man habe vielfach den Nutzen des vorbeugenden Heilverfahrens noch nicht erkannt. Die Träger der Sozialversicherung würden daher gegebenenfalls Mittel für den Ausbau des Schularztwesens zur Verfügung zu stellen. Im Anschluß hieran schilderte der Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Köln, Eisenhuth, die von den Kölner Krankenkassen eingerichtete Kinderfürsorge auf der Grundlage der Familienhilfe, wie sie die Reichsversicherungsordnung vorsieht. Den von den Schulärzten bezeichneten Kindern werden Arzneien, Nahrungsmittel, Krankenhauspflüge, Bäder, wenn es nötig ist auf die Dauer von 26 Wochen, gewährt. Mit fünf Kinderheimen sind zurzeit vertragliche Vereinbarungen über Aufnahme erholungsbedürftiger Kinder getroffen. Diese Fürsorge kommt natürlich nur jenen Kindern zugute, deren Ernährer Mitglieder der Ortskrankenkassen sind. Für die nicht-versicherten Kinder übernimmt die Stadt Köln die gleichen Leistungen. Die Krankenkassen Kölns haben mit einem Aufwand von 20 Millionen Mk., die Stadt mit einem solchen von 5 Millionen Mark jährlich für diesen Zweck zu rechnen.

Die Vertreter der großen Krankenkassenverbände erklärten, daß die Krankenkassen den Gemeinden Mittel zur Anstellung von Schulärzten nicht zur Verfügung stellen können. Man sei aber bereit, in verstärktem Maße auf die Kassen einzuwirken, sich der Kinderfürsorge anzunehmen. Soweit Schulärzte nicht vorhanden sind, um hilfsbedürftige Kinder auszusuchen, müßte dies durch die Kassenärzte erfolgen. Die Anstellung von Schulärzten durch die Gemeinden müsse zum gesetzlichen Zwang erhoben werden. Die notwendigen Mittel seien im Verhältnis zu dem Gesamtaufwand der Gemeinden ganz geringfügig. Die anwesenden Vertreter der Gemeinden blieben aber dabei, daß diese in so großen wirtschaftlichen Nöten seien, daß sie zurzeit die Mittel für die Anstellung von Schulärzten nicht aufbringen können.

Das Ergebnis der Aussprache wurde vom Ministerialdirektor Gottstein dahin zusammengefaßt, daß die Kinderfürsorge gefördert werden müsse. Die Krankenkassen seien arbeitsbereit, die erforderlichen Untersuchungen durch die Kassenärzte vorzunehmen, wo die Familienhilfe besteht. Die näheren Vereinbarungen seien örtlich zu treffen. Die preußische Regierung habe die Absicht, dafür zu sorgen, daß zunächst alle Städte bis herab zu 15 000 Einwohnern die Anstellung von Schulärzten bewirken. Diese Anstellung könne auch nebenamtlich erfolgen.

Die Kinderfürsorge würde nach unserer Meinung ein gewaltiges Stück vorwärts kommen, wenn

die Familienhilfe durch die Krankenkassen zur allgemeinen obligatorischen Einführung käme. Man kann eigentlich nicht verstehen, daß dies noch nicht geschehen ist. Den Widerstand leisten nur die Ärzte und höchstens die kleinen Betriebs- und Innungskrankenkassen. Aber auf solche geschäftliche Einwände darf doch keine Rücksicht genommen werden. Das Wohl aller, das heißt der Mehrheit, hat das oberste Gesetz zu sein. Wenn ein Gesetz ohne Anstellung von Schulärzten vorsehen würde, müßten auch hier die Mittel beschafft werden, wie es bei so vielen anderen sozialpolitischen Maßnahmen auch schon geschehen ist. Zur Linderung großer Notstände muß immer die erforderliche Hilfe beschafft werden.



Kampf auch im Schweizer Lithographiegewerbe?

Die Schwierigkeiten, in die hochvalutarische Länder durch den Gang der Ereignisse gekommen sind, haben in den davon betroffenen Ländern meistens die Forderung ausgelöst, die schwachvalutarischen Länder, besonders Deutschland, sollten ihre Inlandspreise den Weltmarktpreisen anpassen, um so den Weg aus den Wirtschaftswirren heraus zu finden. Da diese Forderung trotz aller Dumpingmaßnahmen sich immer wieder nicht als realisierbar erwies, begann man einen anderen Weg einzuschlagen, und zwar den des Preisabbaues. Daß die Unternehmer unter Preisabbau in erster Linie einen Lohnabbau verstanden, ergibt sich ganz selbstverständlich aus der kapitalistischen Mentalität und die Versuche, den Preisabbau mit einer Reduzierung der Löhne zu beginnen, lösten jene großen Gewerkschaftskämpfe aus, über die eingehende Berichte durch alle Arbeiterzeitungen gegangen sind. Die große Ausspeerrung in Dänemark zum Zwecke der Herabsetzung der Löhne und Beseitigung des Achtstundentag-Abkommens, die ihr Gegenstück in der Ausspeerrung der süddeutschen Metallarbeiter findet, und den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranlaßt hat, zur Unterstützung des dänischen Kampfes von jedem Arbeiter 5 Mk. und jeder Arbeiterin 3 Mk. zu fordern die von unserm Verbände durch Leistung eines Extrabeitrages eingezogen werden wird, ist nur eine Bewegung in der Kette der Kämpfe, in die die Arbeiterschaft hineingetrieben worden ist. Weiter werden noch folgen und auch die deutsche Arbeiterschaft und die deutsche Kollegenschaft werden solchen Kämpfen nicht aus dem Wege gehen können.

Daß auch wir zum geeigneten Zeitpunkte mit solchen Kämpfen zu rechnen haben werden, zeigt nicht deutlich als die Vorgänge in der Schweiz. Nach dem „Senefeld“, dem Verbandsorgan unseres Schweizer Bruderverbandes zu urteilen, stehen die Schweizer Kollegen vor einer Ausspeerrung auf der ganzen Linie. Da durch eine Ausspeerrung der Kollegen der Schweiz wir sofort aktive Solidarität zu beweisen haben, ist es notwendig, eingehend über die Vorgänge zu berichten, die die Schweizer Kollegen schon seit Wochen in Spannung halten.

Dank der schlechten Beschäftigung, in der sich alle hochvalutarischen Länder befinden, glaubt auch das schweizerische Unternehmertum des Graphischen Gewerbes einen Lohnabbau auf der ganzen Linie durchführen zu können und beantragte zu diesem Zwecke Verhandlungen, die am 1. April stattfanden. Wie bekannt sein dürfte, stehen auch die Schweizer Kollegen unter einem Tarifvertrag, der sich Berufsunordnung nennt, und zwischen dem Schweizerischen Lithographenbund und dem Verbande Schweizer Lithographie-Besitzer abgeschlossen worden ist.

In diesen Verhandlungen am 1. April wiesen die Unternehmer einleitend darauf hin, daß ihre Haltung durch die Beschlüsse ihrer Generalversammlung (die den Abbau der Löhne fordern) diktiert sei und daß, wenn man das Gewerbe nicht vollständig ruinieren wolle, jetzt unter allen Umständen ein Lohnabbau eintreten müsse. Begründet wurde die Forderung damit, daß die Verbilligung der Lebenshaltung seit dem 2. Dezember 1921 weitere Fortschritt gemacht habe. Einige Lebensmittel seien inzwischen sogar merklich billiger geworden und die Hilfserschaft sei durchaus in der Lage in der Lohnfrage Entgegenkommen zeigen zu können. Besonders wurde hervorgehoben, daß es bei den jetzt gezahlten Löhnen ausgeschlossen sei ins Ausland liefern zu können. Nur bei einer Reduktion der Löhne von 15 Prozent sei es halbwegs möglich wieder exportieren zu können.

Demgegenüber stellten sich die Helfenvertreter auf den Standpunkt, daß ein Lohnabbau gegenwärtig trotz alledem immer noch verfrüht sei: einmal, weil die Verbilligung der Lebenshaltung immer noch nicht in dem Maße vorgeschritten sei, daß die Helfen mit einem reduzierten Lohn anständig leben könnten, und zweitens sei die bis heute teilweise in Erscheinung getretene Verbilligung durch andere Faktoren, wie steigende Mieten und Steuern, wieder aufgehoben worden. Durch exakt geführte Haushaltslisten konnten die Ge-

TOTENLISTE

1922.

† Am 16. Januar in München **Oskar Seemann**, Steindruckerk aus Berlin, 66 Jahre alt, an Blinddarmentzündung (Operation), krank 4 Wochen. — Eingetreten in Dürren am 15. August 1915 (vorher Mitglied im Schweiz. Lithogr.-Bund seit 1. Juli 1912).

† Am 24. Januar in München **Tobias Haber**, Steindruckerk aus Nürnberg, 23 Jahre alt, an Infektionskrankheit (Geschwüre am ganzen Körper), krank 14 Wochen und 2 Tage. — Eingetreten in München am 1. Oktober 1916 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 16. März 1913).

† Am 5. Februar in Herford in Westfalen **Peter Seemann**, Steindruckerk aus Norden (Ostfriesland), 51 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag — Eingetreten in Bremen am 4. September 1921.

† Am 12. Februar in Leipzig **Artur Weissing**, Steindruckerk aus Leipzig, 47 Jahre alt, an Blinddarmentzündung, krank 1 Woche und 2 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 5. August 1906

† Am 15. Februar in Leipzig **Otto Schneider**, Steindruckerk aus Greiz i. Vogtld., 66 Jahre alt, an Magenkrebs, Invalide seit 19. März 1913. Eingetreten in Leipzig am 1. Juli 1891.

† Am 15. Februar in Sprendlingen, Mitgliedschaft Frankfurt a. M., **Georg Kiefer**, Steindruckerk aus Sprendlingen, 48 Jahre alt, an Asthma und Nierenleiden, krank zuletzt 16 Wochen und 3 Tage. — Eingetreten in Hanau a. M. am 15. Mai 1894.

† Am 26. Februar in Köln am Rh. **Quirin Schiml**, Formstecher aus Waldsassen (Bayern), 41 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erschießen. — Eingetreten in Köln am Rh. am 3. Januar 1909 (vorher Mitglied im Zentralverein der Formstecher seit 1. August 1905)

† Am 26. Februar in Berlin **Erich Teubert**, Photograph aus Berlin, 39 Jahre alt, an den Folgen einer Sublimat-Vergiftung. — Eingetreten in Berlin am 27. September 1908 (vorher Mitglied im Deutschen-Photographen-Gehilfen-Verband seit 1. Mai 1901.)

† Am 26. Februar in Berlin **Fritz Junge**, Chemigraph aus Berlin, 40 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 2 Wochen und einen Tag. — Eingetreten in Berlin am 25. August 1903.

† Am 4. März in Leipzig **Karl Richter**, Lithograph aus Merseburg, 68 Jahre alt, an Herzschlag, Invalide seit 30. Juli 1905. Eingetreten in Leipzig am 1. Januar 1893

† Am 5. März in Breslau **Paul Lukowitz**, Steindruckerk aus Breslau, 59 Jahre alt, an Nervenleiden, krank 8 Wochen. Eingetreten in Breslau am 1. April 1900.

† Am 7. März in Nürnberg **Heinrich Zentgraf**, Steindruckerk aus Schnaittach, 56 Jahre alt, an Arterienverkalkung und Herzschlag, krank 18 Wochen und 2 Tage. Eingetreten in Nürnberg am 16. Februar 1919.

† Am 10. März in Nürnberg **Andreas Keller**, Steindruckerk aus Lengfeld, Bez.-Amt Würzburg, 54 Jahre alt, an Herzschlag, krank 5 Wochen und 5 Tage. — Eingetreten in Frankfurt am M. am 1. Februar 1886

† Am 11. März in Leipzig **Eduard Heinicke**, Notenstecher aus Leipzig-Neuschönefeld, 70 Jahre alt, an Leberleiden, krank 3 Wochen und 4 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 27. Juni 1920 (vorher Mitglied im Notenstecher-Gehilfen-Verband seit 1872.)

† Am 17. März in Köln am Rh. **Karl Heerde**, Lithograph aus Breslau, 42 Jahre alt, an Leberleiden, Invalide seit 2. Januar 1922. Eingetreten in Barmen am 3. Oktober 1899

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen
Der Verbandsvorstand.

Tüchtiger Ätzer für Strich und Auto
zum baldmöglichsten Eintritt gesucht. Ausführliche Offerten erbeten an
Graphische Kunstanstalt Müller, Siefert & Co., G. m. b. H., Mannheim.

Wir suchen für unsere Notenstecherei
mehrere tüchtige Notenstecher
in dauernde Stellung. Offerten an
Berliner Buch- und Kunstdruckerei, G. m. b. H., Abt. Notenstecher, Zossen (Mark)

Mehrere tüchtige
Messing- und Holzstecher, 1 Aufzeichner und 1 Hilfsarbeiter
werden durch den Nachweis gesucht.
C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

1a Steindruckerk für Chromoandruk von Stein u. Zink
per sofort in dauernde gutbezahlte Stellung gesucht. Angebote an
Haufer & Wiest, Graphische Kunstanstalt, Stuttgart, Lindenspürstr. 39

Tüchtiger Auto-Photograph
für Schwarz und Mehrfarbenaufnahmen sowie
tüchtiger Positiv-Retuscheur,
welcher auch im Zichnen bewandert ist, per sofort gesucht. Off. Offerten mit Zeugnisabschriften und Ordinalansprüchen an
Georg Stritt & Co., Frankfurt a. M., Brönnestr. 13.

Italienische Firma sucht für Neapel einen
lithographischen Maschinenmeister,
Spezialist im Drucken von Spielkarten. Festes Monatsgehalt Lire 1000. — mit Kontrakt. Bewerbung mit ausführlichem Lebenslauf und Lichtbild einbringen
Nichan Deylet, Hamburg, Jungfernstieg 39.

Umdrucker, durchaus selbständig, junger Steindruckerk für Maschine und Umdruk
in Dauerstellung gesucht. Angebote unter Angabe des Alters und Gehalts an
Gust Peiniger, Abziehbilderfabrik, Bielefeld.

Lithographie (Export) Lithographie
Den patentierten, von lithographischen Großbetrieben als erstklassig anerkannten und als unübertroffen bezeichneten künstlichen

Schleif- und Polierstein



liefert in Nummern: I scharf, II mittel, III fein, IV extrafein in Form von
Handsteinen (auch zum Einspannen in die Maschine.)
Maschinensteinen Durchmesser 22, 26, 32 cm, 7 cm Höhe Gewicht etwa 4, 5, 7 kg
Masse zum Selbstgießen in 1 kg Blöcken.
Muster (1-4), sowie Prospekt auf Wunsch gerne zu Diensten
Exporteurs u. Rabatt.

Marlith-Kunststein-Werk Distler & Wenzel,
München, Theresienstraße 76

Tüchtige Auto- und Strichätzer
zu baldigem Eintritt sucht
Ludwig Grünewald, Eiberfeld.

1 Reprodukt. - Photograph
für Schwarz und Mehrfarben,
2 Auto-Ätzer,
4 Maschinen-Retuscheure,
nur wirklich erstklassige Kräfte, erbitten ihr Angebot so ort einzureichen an
Vereinigte Chemigraph. Kunstanstalten K. A. Machleb, Chemnitz, Theaterstr. 12.

Tüchtige
Farbätzer, Drucker, Monteure und Fräser
bei guter Bezahlung sofort gesucht. Angebote an
Dr. Selle & Co., A.-G., Berlin SW. 29, Zossenerstraße 55

Lithographischer Maschinenmeister
sowie tüchtiger
Umdrucker und Chromolithograph
gesucht
Kornsand & Co., Frankfurt am Main
Gutleutstraße 110
Lithographische Kunstanstalt, Buch- und Steindruckerei.

Tüchtige Offsetdrucker
sucht **Spamersche Buchdruckerei, Leipzig.**

Notenstecher
für alle Arbeiten sofort gesucht
Engelmann & Mühlberg, Leipzig.

Mehrere Messingstecher
für dauernd-Beschäftigung stellt durch den Arbeitsnachweis noch ein
Gebr. Ernst, Lüneburg.

Junger Blechdrucker
sofort gesucht.
Schillerwerk Godesberg, A.-O., Godesberg a. Rh.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die **Barmen** Kunstgewerbeschule

Gelbe Lithographiesteine
gut und druckfähig
4 Stück 90 x 120 cm
65 „ 54 x 70 „
40 „ 48 x 60 „
hat abzugeben und erbitet Angebot
Schillerwerk, A.-O., Godesberg a. Rh.

Buch- u. Steindruck- farben, Bronze, Gummi arabicum kauft stets jed-n Restposten
E. Winkler, Ndr.-Schreiberhau, Regb.

Original- „KUMV-Fräser“
anerkannt das beste Werkzeug für die Klischee-Fabrikation, zeichnen sich aus durch Härte, Haltbarkeit und großes Schneiden. — In allen Größen zu haben.
Paul Berndt, Präzisionswerkzeug-Fabrik
Berlin S 59, Kottbuser Damm 22 (Moritzplatz 16611).

Dr. Otto C. Straßer
Darmstadt
Sachgeschäft für Zink- und Gummidruck
*
Gardereihen:
Ätzer für die verschiedensten Zwecke.
Auswaschflüssigk. Zinkplatten u. alles Zubehör zur Ausübung des Zinkdruckverfahrens.
*
Wiedrigen Sie die kostenlos-Überfendung meiner Warenliste u. des Prospektes, das Sie bei den Junker & Co. in Bielefeld anfordern werden Ihnen nützliche Ratgeber sein

Aus der Praxis!
Nachdem wir mit Ihren Erzeugnissen in unserer Druckerei Versuche gemacht haben, können wir Ihnen mit Zufriedenheit mitteilen, daß wir sehr gute Erfolge erzielt haben. Folgend finden Sie einen neuen Aufzug über je 15 Kilo.
Th. N. F. Co. in Reading (Amerika).
Für die Praxis
aus neuester Zeit uns unaufgefordert gegeben
BENSEL & GRÖNE, DETMOLD 26.